[](https://www.kla.tv/13153)Meinung ungeschminkt

Globaler Pakt für Migration: Der Weg in die Tyrannei (von Gerhard Wisnewski)

**Im folgenden Beitrag von Gerhard Wisnewski geht es um den «Globalen Pakt für Migration» der Vereinten Nationen (UN). Dieser soll im Dezember 2018 von fast allen UN-Mitgliedstaaten unterzeichnet und in Kraft gesetzt werden. Die globalen Pläne zur totalen Umkrempelung der Völker und des Planeten können nur funktionieren, wenn die Globalstrategen das Denken, die Meinungen und die Medien kontrollieren. Wenn dies jedoch geschieht, ist das nicht der Weg in die Tyrannei?**

Meinung ungeschminkt, heute mit Gerhard Wisnewski, deutscher Journalist, Schriftsteller und Filmautor. Im nun folgenden leicht gekürzten Beitrag, der in der ExpressZeitung vom August 2018 erschien, geht es um den «Globalen Pakt für Migration» der Vereinten Nationen (UN). Dieser soll am 10./11. Dezember 2018 in Marrakesch (Marokko) von fast allen UN-Mitgliedstaaten unterzeichnet und in Kraft gesetzt werden:   
  
Globaler Pakt für Migration: Der Weg in die Tyrannei  
[…] Wenn es nach den globalen Migrationsplanern geht, sollen die Zeiten der freien Berichterstattung und freien Meinungsäußerung über Migration bald vorbei sein.[…] Die globalen Pläne zur totalen Umkrempelung der Völker und des Planeten können ja nur funktionieren, wenn die Migrationsstrategen das Denken, die Meinungen und die Medien kontrollieren. Und das ist nicht etwa eine düstere Prognose eines ewigen Pessimisten. Vielmehr kann man dies bereits einem Bericht des UN-Generalsekretärs António Guterres entnehmen: „Wir müssen leider feststellen, dass fremdenfeindliche politische Narrative über Migration heute zu weit verbreitet sind. […]Wir dürfen nicht zulassen, dass diese unsere Agenda verzerren.“ […]  
  
Genau diese Gleichschaltung der veröffentlichten Meinung ist auch in den UN-Plänen zur Massenmigration vorgesehen, insbesondere in dem „Global Compact for Migration“, sprich: dem „Globalen Pakt für Migration“, der nicht irgendwann einmal unterschrieben werden soll, der keine Science Fiction ist, sondern der direkt vor unserer Haustür steht. Bereits im Dezember 2018 soll er von den UN-Mitgliedsstaaten unterzeichnet werden. Die totale Gleichschaltung erfolgt über die Ächtung und Bekämpfung von „Diskriminierung“, „Rassismus“, „Rassendiskriminierung“, „Fremdenfeindlichkeit“, und „Intoleranz“ – was vielleicht nicht weiter schlimm erscheint. Denn wer möchte schon Rassist sein und Fremden pauschal feindlich gegenüberstehen. Das Problem ist nur, dass es sich bei diesen Begriffen nicht nur um Gummibegriffe handelt, sondern um regelrechte „Joker“, die man je nach Bedarf so oder so auslegen und definieren kann. Das heißt, dass dieses neue UN-Recht flexibel ist wie Kautschuk und dass das, was „Rassismus“ oder „Fremdenfeindlichkeit“ ist, nicht wir bestimmen, sondern die UNO und ihre angeschlossenen Regierungen. Und das zweite Problem besteht darin, dass die Flexibilität erbarmungslos ausgenutzt werden soll – nämlich in Richtung einer immer weiteren Ausweitung dessen, was „Rassismus“, „Diskriminierung“ oder „Fremdenfeindlichkeit“ sein sollen.  
  
So heißt es im endgültigen Entwurf des Migrationspaktes vom 11. Juli 2018, den im Dezember 190 von 193 Staaten unterzeichnen wollen: „Wir verpflichten uns, alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen sowie Äußerungen, Handlungen und Erscheinungsformen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz gegenüber allen Migranten im Einklang mit den internationalen Menschenrechten zu verurteilen und zu bekämpfen.“ Der nächste Schritt ist also, dass man nicht nur mit Gummibegriffen wie „Rassismus“ arbeitet, sondern auch Äußerungen, Handlungen und „Formen“ oder „Erscheinungsformen“ bekämpfen will, was noch mehr Verhaltensweisen einschließen kann. Schon heute kann man nur staunen, was alles eine „Form von Diskriminierung“ sein kann.   
  
In Deutschland zum Beispiel beschäftigt sich eine Tarnorganisation der Geheimdienste und der Regierung mit dieser Begriffsverbiegung und -ausweitung, nämlich die migrantenfreundliche Amadeu Antonio Stiftung, geleitet von einer Ex-Stasi-Agentin. „Tarnorganisation“ deshalb, weil sie zu großen Teilen von der Regierung finanziert wird, während in ihrem Stiftungsrat der Verfassungsschutz-Präsident eines Bundeslandes sitzt. Und wenn es nach dieser regierungs- und geheimdienstnahen Stiftung geht, muss niemand „Flüchtlinge raus!“ oder „Deutschland den Deutschen!“ schreien, um als Rassist zu gelten. Nein – sondern wenn es nach dieser Organisation geht, sind wir bereits alle ein Volk von Rassisten. Denn wer hat nicht schon von „Wirtschaftsflüchtlingen“ gesprochen oder sich beklagt, dass uns die Medien im Zusammenhang mit Migranten ohnehin nur belügen. Laut der Amadeu Antonio Stiftung ist das alles bereits „rassistische Hetze“.  
  
Diese staatlich geförderte Stiftung hat einen ganzen Katalog zusammengestellt, was unter „rassistischer Hetze“ zu verstehen sein soll. Wenn zum Beispiel jemand im Zusammenhang mit Migranten von „wir“ und „sie“ spricht oder Migranten für „gesamtgesellschaftliche Probleme wie Sexismus, Kriminalität oder Wohnungsmangel“ verantwortlich macht, ist das laut der ganz verboten. Demnach ist „rassistische Hetze“:  
– Gegenüberstellung von „Wir“ und „Die“  
– Verallgemeinerungen, wie: „alle Flüchtlinge“ […]  
– angeblicher „Kulturrassismus“, wie: „Die passen einfach nicht zu uns …“  
– angebliche (nationalistische) Relativierungen, wie: „Was ist mit unseren Kindern, Obdachlosen etc.?“  
– wenn man sagt: „Bald fühlt man sich fremd im eigenen Land“ […]  
  
Das sind also genau die „Formen“ von Rassismus, von denen im Migrationspakt die Rede ist. Denn Rassismus ist eigentlich alles, was sich kritisch mit Migranten auseinandersetzt. […] „Der nächste Schritt sind Lager“, warnte denn auch der Autor Oliver Janich in einem Video. Die Kriminalisierung von Einwanderungskritikern führe dazu, dass sie irgendwann eingesperrt würden: „Ob im Gefängnis oder im Lager, ist am Ende egal. Aber nach diesen Definitionen hier wird das Tausende betreffen. […] Nach diesen Definitionen ist jeder, der Kritik an der Einwanderung übt, kriminell. Damit sei die rassistische, gegen die ursprünglich einheimische Bevölkerung gerichtete Diktatur Realität.  
  
Weitere Sendungen zum «Globalen Pakt für Migration»:  
www.kla.tv/13124  
www.kla.tv/13085  
www.kla.tv/12800

**von a.h.**

**Quellen:**

Express Zeitung Ausgabe Nr. 19 vom August 2018, S.60-62 „Globaler Pakt für Migration: Der Weg in die Tyrannei“  
<https://shop.expresszeitung.com/>

**Das könnte Sie auch interessieren:**

#Migrationspakt - unser globales Schicksal? - [www.kla.tv/Migrationspakt](https://www.kla.tv/Migrationspakt)  
  
#GerhardWisnewski - [www.kla.tv/GerhardWisnewski](https://www.kla.tv/GerhardWisnewski)  
  
#ExpressZeitung - [www.kla.tv/ExpressZeitung](https://www.kla.tv/ExpressZeitung)  
  
#MeinungUngeschminkt - ungeschminkt - [www.kla.tv/MeinungUngeschminkt](https://www.kla.tv/MeinungUngeschminkt)

[](https://www.kla.tv)**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**

* was die Medien nicht verschweigen sollten ...
* wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
* tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](https://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter:** [**www.kla.tv/abo**](https://www.kla.tv/abo)

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!  
Klicken Sie hier:** [**www.kla.tv/vernetzung**](https://www.kla.tv/vernetzung)

*Lizenz: C:\Users\W\Downloads\ccby_transparent.png Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.